

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
 Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;  
 bei freier Bestellung durch den Briefträger  
 ins Haus 18 Pf. mehr.  
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
 vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
 (Girisch-Bünder)  
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
 Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.  
 Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
 Redaktion und Expedition:  
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
 Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 53.

Berlin, Mittwoch, 3. Juli 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Auf zur Agitation! — Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbüros der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1911. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeile. — Verbands-Zeile. — Anzeigen.

### Auf zur Agitation!

Zu Pfingsten nächsten Jahres findet der 18. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine statt. Nicht mehr allzulange wird es dauern, dann werden die Vorbereitungen für diese wichtige Tagung getroffen und die Wahlen der Männer vorgenommen, die mitarbeiten sollen an dem inneren Ausbau der Organisation und an der Festlegung der Richtlinien, nach denen unsere weitere Arbeit geleitet werden soll. Es ist klar, daß die Beschlüsse des Verbandstages, soweit sie Fragen des öffentlichen Lebens betreffen, um so stärkeren Eindruck machen werden, je größer die Zahl unserer Mitglieder ist. Schon von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ist es Pflicht jedes einzelnen vorwärtstrebenden Kollegen, dem das Ansehen und die Ehre der Deutschen Gewerksvereine am Herzen liegt, alle Kräfte anzuspannen, daß das Gees unserer Anhänger bis zu den nächsten Pfingsten eine recht bedeutende Vermehrung erfährt.

Vor kurzem wurde an dieser Stelle über die Entwicklung unserer Bewegung im vorigen Jahre berichtet und mitgeteilt, daß wir eine Zunahme von nahezu 4000 Mitgliedern im vergangenen Jahre zu verzeichnen hatten. Dieses Resultat darf uns nicht befriedigen; wir müssen danach trachten, daß unsere Bewegung schneller wächst, und wenn wir auch in der ersten Hälfte dieses Jahres ein recht erfreuliches Wachstum zu verzeichnen haben, so dürfen wir doch nicht die Hände in den Schoß legen und die Sache ihren Gang gehen lassen, sondern müssen mit aller Energie danach trachten, daß diese Aufwärtsbewegung noch einen rascheren Fortgang nimmt. Wir müssen unsere lieben Freunde von links und rechts das Maul stopfen, die so gern von dem Niedergang des Gewerksvereinsgedankens fasziniert, obgleich sie von Jahr zu Jahr mehr in die Bahnen eingeschwenkt sind, die schon vor länger als 40 Jahren unser Begründer Dr. Max Girsch den Arbeitern gezeigt hat, und die sich als der richtige Weg zu höherer Kultur und wahrer Menschheit für die Arbeiterschaft bewährt haben. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß unsere Organisation an Zahl der Mitglieder hinter anderen Richtungen zurücksteht. Eine Bewegung, die von rechts und links auf das befristete bekämpft und bedrängt wird, kann sich naturgemäß nicht so schnell entwickeln, als wenn der Kampf nur nach einer Seite geführt zu werden braucht. Sie wird aber dafür um so widerstandsfähiger und fester, und deshalb wird sich noch mancher Gegner, der die Deutschen Gewerksvereine vernichten möchte, an unserer Organisation die Zähne ausbeißten.

Wer da weiß, was die Deutschen Gewerksvereine wollen, wer als überzeugungstreues Mitglied ihre Ideale zu vertreten und ihre Anschauungen weiter zu verbreiten gewillt ist, bei dem wird unsere Mahnung nicht ungehört verhallen. Weit-aus der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft ist noch unorganisiert. Ein weites Feld liegt noch zur Bearbeitung bereit. Heran an die Indifferenten und Gleichgültigen! Märt sie auf und sucht sie für unsere Sache zu gewinnen! Wo Vernunftgründe nichts helfen, da möge man auf die Unterstützungseinrichtungen hinweisen, die ja Mittel zum Zweck für unsere Organisation sind. Oft bieten Festlichkeiten eine gute Gelegenheit zur Gewinnung Unorganisierter. Daran fehlt es nicht. Stiftungsfeste von Ortsverbänden, Agitationsfeste und ähnliche Veranstaltungen finden in jedem Sommer statt.

Erste Männer dürfen auch bei solchen Anlässen nicht nur an das Vergnügen denken, sondern müssen sich verhalten, als wären sie die Festlichkeiten in erster Linie der Agitation, der Gewinnung neuer Mitglieder gelten müssen. Darum muß die Zeit! Jeder Einzelne: die Beamten, die Vertrauensleute, die in den Betrieben und in den Vereinen an erster Stelle für unsere Sache wirken sollen, aber auch jedes einzelne Mitglied hat jetzt mehr als je die Pflicht, sich um die Ausbreitung der Gewerksvereine zu kümmern. Immer und immer wieder muß der Ansturm auf die Gleichgültigen und den Unversand der Indifferenten unternommen werden. Die gute Sache muß siegen. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, dann wird die Zukunft unser sein. Darum frisch ans Werk! Auf zur Agitation, damit die Verluste, die wir im vorigen Jahre erlitten haben, wieder wettgemacht werden und der nächstjährige Verbandstag auf ein ungeschwächtes Gees zielbewußter Gewerksvereinskämpfer bliden kann.

### Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbüros der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1911.

Es ist interessant zu beobachten, in wie starker Aufwärtsentwicklung im sozialen Leben Deutschlands die Selbsthilfe begriffen ist. Seinen bedeutendsten Ausdruck findet das in der Neugründung von Selbsthilfeorganisationen wie in wesentlichen Erweiterungen der bestehenden. Auch der ältere Teil der Selbsthilfe, der sich mehr darauf beschränkte, der staatlichen Sozialpolitik Hilfsdienste zu leisten, dehnt sich mit frischen Kräften weiter aus. Das zeigt sich in dem Anwachsen der Einrichtungen zur unentgeltlichen Rechtsbeihilfe, wie sie durch Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen usw. geboten wird.

Vergleicht man den Zustand dieser Rechtsauskunftsstellen von 1909 mit dem für 1911 nach den Angaben in der eben erschienenen Nummer des „Reichsarbeitsblatt“, so ergibt sich folgende Entwicklung: Es bestanden, von nachstehenden Vereinigungen eingerichtet, folgende Rechtsberatungsstellen:

Eingerichtet durch	1909	1911
Gemeinden oder Staaten	101	114
Gemeinnützige Vereine	28	29
Frauenvereine	79	91
Sozialdemokr. Gewerkschaften		
a) Arbeitersekretariate	111	118
b) Auskunftstellen	172	198
Deutsche Gewerksvereine	58	58
Christliche Gewerkschaften	?	54
Polnische Berufsvereinigungen	8	7
Gelbe Verbände	2	6
Von Unternehmern errichtet	5	9
Evangelische Rechtsauskunftsstellen	14	19
Katholische Rechtsauskunftsstellen	117	128
Politische Rechtsauskunftsstellen	11	29
Ländliche Genossenschaften	?	10

Im ganzen wies die Statistik des „Reichsarbeitsblatt“ für das Jahr 1909 an 693 Auskunftsteilen nach, während deren Zahl für 1911 auf 863 angegeben wird. Sie erteilten 1909 an 1 428 293 Auskünfte und fertigten 367 261 Schriftsätze an. 1911 waren es 1 682 373 Auskünfte und 436 215 Schriftsätze. Das sind imponierende Zahlen, hinter denen eine gewaltige Arbeit steckt. Die Verteilung der Auskunftsteile auf das Reich ist nicht gleichmäßig. Der Westen ist am meisten versorgt, während im Osten Deutschlands es für die minderbemittelte Bevölkerung immer noch recht schwer ist, Hilfe zu finden in einfachen Rechtsangelegenheiten. Und wie wir schon vor Jahren sagten, ist selbst Ber-

lin auf diesem Gebiete recht rückständig. Wenn auch inzwischen die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen für Berlin vieles tun, so blüht doch nirgends wie hier das Binkeladokatenwesen. Es beweist durch sein Bestehen die Unzulänglichkeit des Auskunftswesens gerade für Berlin.

Ist im allgemeinen die Entwicklung des Rechtsauskunftswesens sehr günstig, so kann man daselbe Urteil nicht bedingungslos abgeben für unsere eigenen Auskunftsteile. Ihre Gesamtzahl weist seit drei Jahren keinen Fortschritt auf. Sie beharrt auf 58. Die Arbeitersekretariate haben sich im Berichtsjahr um eins vermindert, von 10 auf 9, wenn das Berliner Hauptsekretariat mit eingerechnet wird. Das Stuttgarter Sekretariat wurde aus finanziellen Gründen in eine Rechtsauskunftsstelle umgewandelt. Hinsichtlich der Rechtsauskunftsstellen ist eine Vermehrung von 31 auf 35 eingetreten. Außer den Rechtsauskunftsstellen des Vereins der Deutschen Kaufleute, die aus der Statistik aussschieden, gingen ein die Auskunftsteile des Gewerksvereins der Fabrik- und Kanalarbeiter in Augsburg und der Holzarbeiter in Breslau. Außerdem wurden die beiden Auskunftsteile der Maschinenbauer in Essen und Helfenkirchen miteinander verschmolzen. Neu errichtet wurden Chemnitz (Textilarbeiter), Forst (Textilarbeiter), Hamm (Maschb.), Hamm (Bergarbeiter), Stuttgart (Maschinenb.). Neu in die Statistik aufgenommen wurden Gagen, Banne (Fabrik- und Kanalarbeiter) und Weihenfels (Schuhmacher). Mit den von den Ortsverbänden nebenamtlich eingerichteten Auskunftsbüros steht es weniger günstig. Ihre Zahl sank von 21 in 1909 auf 17 in 1910 und 14 in 1911. So blieb die Gesamtzahl unserer Rechtsauskunftsstellen auf 58 stehen. Dabei ist nicht nur vielfach das Bedürfnis nach weiteren Einrichtungen dieser Art vorhanden, es besteht auch bei allseitigem guten Willen die Möglichkeit, solche Stellen zu errichten. Sie besteht heute, eher als vor einigen Jahren, nachdem der größere Teil der Gewerksvereinshauptleitungen dazu überging, ihre Bezirksleiter völlig auf Kosten der Hauptstelle anzustellen. In manden Orten ist man auch der Errichtung von Arbeitersekretariaten näher getreten. Zu einem Erfolge haben die Versuche bisher nicht geführt. Wir haben mehr als einmal Namen der Orte genannt, in denen — neben andern ungenannten — Arbeitersekretariate wohl lebensfähig sind.

Die innere Entwicklung der bestehenden Rechtsberatungsstellen ist im ganzen gut. Von den Arbeitersekretariaten sind Bremen und Frankfurt dazu übergegangen, einen zweiten Beamten anzustellen, um einzelne Abteilungen besonders auszubauen. Für Magdeburg sieht es so aus, als fehle es dem Sekretariat an der nötigen Befähigung in der Öffentlichkeit. Mit einer solchen würde die Anspruchnahme durch Auskünfte sich mindestens verdreifachen müssen. Die Ziffer der insgesamt erteilten Auskünfte stieg von 41 026 in 1910 auf 52 304 in 1911 und weist so ein erhebliches Wachstum auf.

Leider gelang es wieder nicht, alle Auskunftsteile zur Erhaltung eines Verichts zu bringen. Es fehlen mit ihrem Bericht die Rechtsauskunftsstellen Burg, Bromberg, Elbing und Hamm (Bergarbeiter). Letzterer mag als entschuldigend gelten, weil die Auskunftsteile erst im Spätherbste des Berichtsjahres errichtet wurde. Burg führt keine Statistik. Auch einige Auskunftsbüros fehlen.

Wie erwähnt, wurden von allen Rechtsberatungsstellen 52 304 Auskünfte erteilt, gegen 41 026 im Vorjahre. Davon entfallen auf die neun Arbeitersekretariate 28 885 (22 225) Auskünfte, auf die Rechtsauskunftsstellen 22 114 (17 225) Auskünfte, auf die Auskunftsbüros 1305 (1576) Auskünfte. Bei den Auskunftsbüros ist also eine Ab-



nahme zu verzeichnen. Die Gründe sind dieselben wie im Vorjahre. Von den Personen, die Auskunft verlangten, waren 47 711 männlich, 4593 weiblich. Organisiert waren 36 695, unorganisiert 13 609. Bei den Organisierten standen natürlich an der Spitze die Gewerksameiter mit 32 495. Ihnen folgten 2623 sozialdemokratische und 590 christliche Gewerksameiter. 974 Personen gehörten anderen Vereinigungen an. 37 736 Auskünfte wurden mündlich, 14 568 schriftlich erteilt. Zur Erledigung der Auskünfte mußten 11 115 (9180) Schriftsätze angefertigt werden. Die höchste Zahl von Auskünften war im Gebiet der Arbeitsvermittlung zu erteilen, nämlich 11 168, darnach folgten 7575 Unfallrentenangelegenheiten, 4856 Steuerjachen, 3312 Gewerksameitensangelegenheiten, 2261 Auskünfte betr. Invalidenversicherung, 1946 betr. Krankenversicherung usw. Die weiteren Zahlen erziehe man aus nebenstehender Tabelle 1.

(Fortsetzung folgt.)

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 2. Juli 1912.

Wie kann man sich gegen alle Gefahren des wirtschaftlichen Lebens schützen? Unter diesem Titel hat der Hauptvorstand unseres Gewerksameiters der Deutschen Textilarbeiter eine kleine Broschüre herausgegeben, die einen eindringlichen Mahnruf an alle Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen zur Organisation enthält. In der handlichen Schrift wird dargelegt, daß gerade in der Textilarindustrie die niedrigsten Löhne gezahlt und am meisten Frauen und Kinder beschäftigt werden. Anstatt der verteuerten Lebenshaltung entsprechend auch den Verdienst zu steigern, benutzen die Unternehmer die ungünstige Lage der Arbeiter, immer weitere Lohnkürzungen vorzunehmen. Gegen solche Zustände kann die einzelne Person nicht erfolgreich ankämpfen; hier kann nur die Organisation, der Zusammenschluß aller Interessenten helfen. Aber auch wenn die Arbeiter eine Erweiterung ihrer Rechte im Staat und in der Kommune und die Anerkennung, als gleichberechtigte Staatsbürger erlangen wollen müssen sie sich einer starken Organisation anschließen. Dazu bietet vor allen Dingen der Gewerksameiter der Deutschen Textilarbeiter Gelegenheit. Beweisen wird dies durch das Programm, das in der Broschüre zum Abdruck gelangt ist, und eine wirkungsvolle Zusammenstellung der Leistungen des Gewerksameiters, auf die wir in dieser kurzen Darstellung nicht näher eingehen wollen. Servorbeben wollen wir nur die Kranken- und Begräbniskasse, die eine eingeschriebene Hilfskasse ist und ihren Mitgliedern ein klagbares Recht auf die Unterbringungen gewährt.

Wer die Mitteilungschrift gelesen hat, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß seine Interessen im Gewerksameiter der Deutschen Textilarbeiter (G.D.) am besten vertreten werden. Kein einflussvoller Arbeiter wird sich dabei der Verpflichtung entziehen können, seine Familie und sich selbst gegen alle unvorhergesehene Unbill, die noch in der Dunkelheit lagert, zu versichern. Diese Verpflichtung aber kann man am vorteilhaftesten erfüllen durch Beitritt zum Gewerksameiter.

Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der von der Broschüre erhoffte Erfolg in volstem Maße eintritt. Das wird auch geschehen, wenn die Broschüre zweckmäßig verteilt und in die richtigen Hände gebracht wird. Dafür müssen in erster Linie natürlich die Mitglieder des Gewerksameiters der Textilarbeiter selbst sorgen. Aber auch alle andern Gewerksameiterskollegen sollten sich die Verbreitung der Schrift angelegen sein lassen, die der Hauptvorstand des Gewerksameiters der Deutschen Textilarbeiter zu Spremberg R.-L. Z. 6, auf Wunsch gern zur Verfügung stellt.

Neue Ausführungsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung bringt folgender soeben veröffentlichter Erlass des Bundesrats:

I. Für die Zeit, bis die Vorschriften des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten, kann die oberste Verwaltungsbehörde die Aufgaben, die auf dem Gebiete der Krankenversicherung den unteren Verwaltungsbehörden und den Aufsichtsbehörden der Krankenkassen obliegen, an die Vorstände der Versicherungsämter übertragen. Die beiden unteren Verwaltungsbehörden und Aufsichtsbehörden schwebenden Angelegenheiten gehen dann in der Lage, in der sie sich befinden, auf die Vorstände der Versicherungsämter über und sind von diesen zu erledigen.

Die oberste Verwaltungsbehörde kann hiezu über Näheres bestimmen.

II. Die Weisung der bisher bestehenden Schiedsgerichte (§ 3 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, vom 30. Juni 1900, Reichsgesetzbl. S. 578) sind als Weisungen in den Oberverwaltungsämtern so lange zugewiesen, bis die auf Grund der §§ 71 ff. der Reichsver-

sicherungsordnung gewählten Weisung für Amt ansetzen.

Die oberste Verwaltungsbehörde kann hiezu über Näheres bestimmen.

Der 8. Kongress der christlichen Gewerksameiten wird am 6. Oktober und folgenden Tagen in Dresden stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes. 2. Die Stellung der christlichen Gewerksameiten a) zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart, b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik. 3. Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. 4. Stellung und Aufgaben der Ortsstellen in den christlichen Gewerksameiten. 5. Das Arbeitsrecht. 6. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge. 7. Das Schieds- und Einigungsweesen. 8. Die Wohnungsfrage. 9. Erledigung von Anträgen.

Arbeiterbewegung. In der mitteldeutschen Metallindustrie ist die Aussperrung im Gange. Inbesseren ist das Einigungsamt noch einmal zusammengetreten. Es wird weiter verhandelt, wenn auch die Unternehmer noch keine Erklärung abgegeben haben, wie sie sich zu dem Festhalten der Arbeiter auf der Verfürgung der Arbeitsstellen stellen. — Auch auf dem Eisenhüttenwerk Thalea S. dauert der Kampf fort. Die Direktion lehnt die beschriebenen Forderungen der Arbeiter, die auf eine 10proz. Lohnhöhung, 14-tägige Lohnzahlung, Rückzahlung der Pensionsbeiträge bei Aufgabe der Beschäftigung, gerichtet sind, rundweg ab. — Die Bewegung der Saffararbeiter in Hamburg ist nun vollständig zum Abschluß gelangt, nachdem auch für die Seeleute nicht unerhebliche Verbesserungen bewilligt wurden. — In der Rüstfabrik von Brüning u. Sohn A. G. in Ragnit b. Tilsit sind die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Firma nimmt den Forderungen gegenüber eine ablehnende Stellung ein. — Die streikenden Bauhandwerker in Rummelsburg i. P. haben, nachdem sich eine große Anzahl Streikbrecher eingefunden hat, beschlossen, den Streik abzubrechen. Ueber mehrere Firmen ist die Sperre verhängt. — Auch in Sorau sind 40 Streikbrecher den ausständigen Bauhandwerkern in den Rücken gefallen. Die Unternehmer lehnen jede Verhandlung ab.

Der Streik der französischen Saffararbeiter nimmt seinen Fortgang. Daß die Unternehmer sich weigern, vor ein Schiedsgericht zu gehen, hat die allgemeine Erregung noch erhöht. Die Dockarbeiter haben beschlossen, auf ein von dem Verbands der Seeleute gegebenes Zeichen sofort in den Streik einzutreten. — Dagegen hat es den Anchein, als ob der gewaltige Streik im Vondoner Hafen seinem Ende entgegengeht. Den Ausständigen fehlt es an Mitteln, und die erhofften Sympathiestreiks verwandter Berufe sind nicht zum Ausbruch gekommen. Deshalb geht man wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß in dieser Woche der Kampf abgebrochen werden wird. — Auf dem deutsch-lugensburger Bergwerksverein in Dörfelungen haben die Hochofenarbeiter Forderungen gestellt, und als dieselben nicht in vollem Maße bewilligt wurden, sind etwa 4-500 Mann in den Ausstand getreten. — Bei mehreren Schiffsahrtsgesellschaften in New York haben die Bemannungen der Rüstendampfer die Arbeit eingestellt. Es darf angenommen werden, daß die Bewegung, an der bisher 6000 Mann beteiligt sind, weitere Kreise zieht.

Die „geistigen Waffen“ der Genossen. In Ueckermünde wirkt für unsere Sache der rühmliche und überzeugungsstarke Kollege Lubbe vom Kreisverein der Töpfer. Derselbe ist auch politisch tätig und arbeitet bei öffentlichen Wahlen für die fortschrittliche Volkspartei. Bei den „Genossen“ hat sich Kollege Lubbe dadurch recht mißliebig gemacht, was er dieser Tage schwer hat büßen müssen. Wir erörtern nämlich von seiner Frau die Mitteilung, daß Lubbe am letzten Mittwoch von einem Verbändler ohne alle Ursache angefallen und so schwer mißhandelt worden ist, daß er sich in ärztliche Behandlung hat begeben müssen. Gleichzeitig wird uns das „Mederländer Kreis- und Tageblatt“ zugefandt, in welchem über den Ueberfall in folgender Weise berichtet wird:

Einem Arbeitsrat verübte gestern Abend 7 Uhr auf der Steinkohlstraße der Arbeiter Edward Hartmann gegenüber dem Regierarbeitsrat Lubbe, auf den S. anscheinend, da S. Hirsch-Dunderländer Organisiert ist, eine politische „Riste“ hatte. S. kam, wie Augenzeugen bezeugten, ruhig zu Rede dabei, als ohne alle Ursache S. ihn anfiel, vom Rade herab und gegen das eiserne Straßengeländer drückte und dann fortgesetzt auf S. einschlug, so daß dieser blutete. Erst durch das Eingreifen eines Polizeibeamten konnte dem Angefallenen Rettung zuteil werden.

Hartmann soll auch einige Tage zuvor eine ähnliche Tat auf der Reuenborfer Straße ausgeführt versucht haben. Es ist Anzeige erstattet.

Wir bechränken uns darauf, diese Tatsachen bekannt zu geben. Wenn der Kollege Lubbe geneigt ist, werden wir ausführlicher berichten.

Geburtenrückgang in Preußen. In Frankreich macht man sich bekanntlich schon seit Jahren schwere Sorgen darüber, daß die Bevölkerung nicht nur keinen Zuwachs aufweist, sondern mehr und mehr zurückgeht. Für das Jahr 1911 allein ist ein Rückgang um 35 000 Seelen in Frankreich zu verzeichnen. Auch die Vereinigten Staaten befinden sich dem Bevölkerungsproblem gegenüber zur Zeit in einer üblen Lage. Wenn auch noch eine gewisse Zunahme zu verzeichnen ist, so ist diese doch nicht der eigenen Fortpflanzungskraft, sondern der Einwanderung zuzuschreiben. Neuerdings macht sich auch in Preußen ein Geburtenrückgang bemerkbar, der zwar zu ernsten Besorgnissen keinen Anlaß gibt, aber doch so deutlich in die Erscheinung tritt, daß die Regierung sich genötigt gesehen hat, Erhebungen darüber anzustellen. Die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt dazu, daß der Geburtenrückgang in Preußen in der Hauptstadt auf soziale Ursachen zurückzuführen ist.

Man hat ein soziales Gesetz formuliert, wonach steigender Wohlstand von sinkenden Geburtenziffern begleitet ist. Ebenso lehrt die geschichtliche Erfahrung, daß die höhere Zivilisation und Kultur den Drang des Individuums zu selbständiger und möglichst enger Entfaltung und zwar häufig auf Kosten der Fortpflanzung steigert. Das Anwachsen der Ansprüche an das Leben in idealer Konkurrenz mit der zunehmenden Komplexität und Unsicherheit des Lebens mag dazu führen, den Zuwachs der Familie als Last zu empfinden. Wir brauchen bloß einen Blick auf die Wohnungsverhältnisse der Großstädte zu werfen, in denen viele Hausbesitzer aus Eigennutz und Bequemlichkeit Kinderlosigkeit oder geringe Kinderzahl oft genug zur Voraussetzung bei Abschluß des Mietkontraktes machen, um die Schwierigkeiten zu erkennen, die kinderreichen Familien bei dem engen Zusammenwohnen in den Städten auf Schritt und Tritt bereiten. So ist das Wohnungsproblem, dieses ebenso schwierige wie wichtige soziale Problem, sicherlich in hervorragendem Maße auch an der Frage des Geburtenrückganges beteiligt.

Nach dem Ergebnis der Erhebungen soll das Ministerium des Innern über die einzuleitenden Maßnahmen zur Verhinderung eines weiteren Rückganges der Geburtenziffer Bedenken äußern. Dabei wird es natürlich darauf ankommen, nicht nur Symptome zu kurieren, sondern das Uebel an der tiefer liegenden Wurzel zu erraffen. Leicht wird das nicht sein. Als Abwehrmaßnahmen sollen einerseits Mittel ökonomischer und sozialer Natur, andererseits solche der Belehrung und Volkserziehung angewandt werden. Für die Großstädte wäre in erster Linie durch Förderung der Gartenstadtbewegung, gemeinnütziges Bauen, Ausbildung der Verkehrsmittel Abhilfe anzubringen. Damit allein scheint uns die Sache aber nicht erledigt zu sein. Man muß dem Uebel viel gründlicher zu Leibe gehen. Ist der Bevölkerungsrückgang in erster Linie auf soziale Ursachen zurückzuführen, so muß man ihn auch durch soziale Mittel abzuheben suchen. Die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft kommt dabei in allererster Linie in Betracht. Desir spricht auch die Tatsache, daß neben dem Geburtenrückgang seit dem Jahre 1906 auch ein Rückgang in der Häufigkeit der Eheschließungen zu beobachten ist. Der Kampf ums Dasein wird eben immer schwerer. Der Einzelne hilft sich schon noch durch. Wer aber noch für eine Frau und außerdem für eine größere Familie zu sorgen hat, der weiß bei den jetzigen Löhnsverhältnissen tatsächlich manchmal nicht, wie er auskommen soll. Hier liegt der Grund für den Rückgang sowohl der Geburten wie der Eheschließungen. Damit ist aber auch der Fingerzeig gegeben, wie man Wandel schaffen kann.

### Gewerksameiters-Zeil

Hamburg. Bestrafter sozialdemokratischer Terrorismus. Im Vorjahre berichteten wir einen Fall von Terrorismus, der sich bei der hiesigen Kalkfirma Kranz u. Söhne ausgetragen hatte. In diesem Geschäft waren 14 Mitglieder des „freien“ Arbeiterverbandes, sowie 3 Mitglieder des „Hirsch-Dunderländer“ Gewerksameiters beschäftigt. Wie überall, so verhielten sich hier die „Genossen“ mit allen Mitteln unsere Mitglieder zum Uebertritt zu bewegen. Als man jedoch einsah, daß unsere Kollegen fest zu ihrer Organisation standen, kann man auf andere Wege, um unsere Kollegen zu machen. In einigen Werkstattpfarrversammlungen, die eigens hierzu einberufen wurden, legte man ihnen nahe, bis zum nächsten Montag freizutreten, andernfalls die „Genossen“ in den Streik treten würden, um die Entlassung oder den Uebertritt zu erzwingen. In einer dieser Werkstattpfarrversammlungen mußten sich ferner alle Verbändler durch Unterschrift verpflichten, wenn

